

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Kuntzsch, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.

Schriftleitung: Westerntorplatz 10, Tel. 25281. Sprechstunde nur Wochenabende von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Westerntorplatz 10, Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Komparativzeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,00 M., die 3 gespaltene Reklamezeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferung 2 M.

Nr. 190

Dresden, Mittwoch den 16. August 1922

33. Jahrg.

## Die Einigung der Internationale

Das Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Internationale (London) hat in seiner Prager Sitzung beschlossen, die für den 1. Oktober nach Hamburg einberufene Internationale Einigungskonferenz der Sozialisten zu verschieben, aber dafür baldmöglichst einen großen Einigungskongress der Sozialisten aller Länder und der drei Exekutiven nach Deutschland einzuberufen. Damit ist der entscheidende Schritt zur Wiederherstellung der Internationalen Einheitsfront getan. Man darf sich in den telegraphischen Meldungen durch die Wendung von den drei Exekutiven nicht irremachen lassen. Gemeint sind die Londoner sozialistische Internationale, die alte sogenannte Zweite Internationale, ferner die Wiener Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien, die Internationale Organisation der Unabhängigen Sozialdemokraten; und drittens die Gewerkschaftsinternationale, die Amsterdamer. In eine Fortsetzung der Verhandlungen über an eine gemeinsame Tagung mit der Dritten Internationale in Moskau und der von ihr abhängigen Internationalen Organisation der Gewerkschaften hat niemand gedacht; dazu hat man zuviel traurige Erfahrungen mit den Moskauer bereits machen müssen. Es handelt sich nur und kann sich nur handeln um die Einigung der Sozialisten. An irgendwelche geartete Zusammengehören mit den Kommunisten hat man in Prag so wenig gedacht, daß man jede weitere Verhandlung mit ihnen ausdrücklich als nutzlos abgelehnt hat.

Diese Stellung begründet sich ganz von selbst durch das Schicksal des Reumerkomitees, jenes bekannten Versuches, eine einheitliche Aktion von Sozialisten und Kommunisten herbeizuführen. Bekanntlich hatten damals die Sozialisten von den Moskauer gefordert, sie sollten ihren guten Willen zur Zusammenarbeit zeigen, und zwar, indem sie die Zersplitterungsarbeit wenigstens in den Gewerkschaften ausübten und die blutige Verfolgung der Sozialisten in Rußland einstellen. Die Kommunisten haben halbe Versprechungen gemacht, aber sie in vollem Umfang gebrochen. Das seitdem in Moskau gefällte Todesurteil über die Sozialrevolutionäre hat eine unüberbrückbare Kluft zwischen den Moskauer und allen denen aufgetan, die menschlich empfinden. Die Tragikomedie des Reumerkomitees noch einmal zu spielen, ist dadurch von vornherein unmöglich gemacht.

Das ist gut so! Denn an eine Einheitsfront mit den Kommunisten ist auch nach den deutschen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit nicht mehr zu glauben. Gerade jetzt hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Denkschrift über die Aktion ausgegeben, die von den Arbeiterparteien nach der Ermordung Rathenaus zum Schutze der Republik eingeleitet wurde. Schon an Tage nach der Mordtat sind damals die Vertreter des A. D. G. B. und des Na-Bundes mit Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten zusammengetreten und haben mit ihnen vereinbart, daß man sich auf gemeinsame Forderungen einigen wolle, daß man sie gemeinsam verfechten müsse, daß während dessen Sonderbestrebungen von keinem Teilnehmer verfolgt werden dürften und daß solange der gemeinsame Kampf gegen die Reaktion geführt werden müsse, der Bruderkampf der Arbeiterparteien untereinander zu schweigen habe. Die gemeinsamen Forderungen wurden aufgestellt, und die Aktion zu ihrer Durchsetzung wurde in Parlamenten mit gewaltigen Massendemonstrationen eingeleitet. Aber es dauerte keine acht Tage, da hatten die Kommunisten sich von der gemeinsamen Aktion völlig losgelöst und beschimpften die andern Vertragspartner auf jede nur denkbare Weise.

Als Vorwand diente ihnen dabei, daß die preussische Landtagsfraktion der Sozialdemokratie beim Amnestiegesetz eine den Abmachungen widersprechende Haltung eingenommen hätte. Wäre es so gewesen, so hätten die Kommunisten ihre Kritik in den gemeinsamen Sitzungen vorbringen und auf Abhilfe dringen müssen. Denn ein Fehler der preussischen Landtagsfraktion hätte ja von den Zentralinstanzen noch immer korrigiert werden können. Statt dessen sind die Kommunisten sofort in der Öffentlichkeit nicht nur über die andern Arbeiterparteien, sondern auch über die Gewerkschaftsvertreter hergefallen und haben ihre Sonderaktion als die alleinigmachende angepriesen. In Wahrheit lag ein Verstoß in Preußen gar nicht vor. Unter den Vorständen war vereinbart, eine Amnestie aller politischen Verbrecher zu fordern. Hätte man Gelegenheit solche Vorläufe geschaffen, dann hätte sich der Scharsinn reaktionärer Richter am Begriff des politischen Verbrechens defektieren können. Um das zu vermeiden, um allen reaktionären Auslegungsmöglichkeiten einen Riegel vorzusetzen, beschloß man deshalb eine prinzipielle Amnestie aller Verbrecher, die mit politischen Vorgängen irgendwie zusammenhängen. Selbstverständlich mußte man dann Ausnahmen anfügen, um zu verhindern, daß auch alle möglichen gemeinen Verbrecher wieder in Freiheit gesetzt würden. Aber ob der Amnestiefall oder der Ausnahmefall vorliegt, entscheiden nunmehr nicht die Gerichte, sondern ein Begnadigungsausschuß, der von den politischen Parteien gebildet ist, in letzter Instanz. Man war in Preußen also nicht hinter den Forderungen des gemeinsamen Ausschusses zurückgeblieben, sondern war darüber hinausgegangen. Und was schließlich das Wichtigste war, man hatte diese Forderung nicht nur erhoben, sondern sie durch besonders geschickte und tatkräftiges Vorgehen auch in dem Parlament mit tilschlicher Mehrheit durchgesetzt.

Wir begrüßen es, daß man sich in Prag nicht länger mit unmöglichen Experimenten aufhalten, sondern das Mögliche und Notwendige getan hat, nämlich die Einigung der Sozialisten auf dem raschesten Wege herbeizuführen. Das vorgesehene Datum des 1. Oktober konnte freilich nicht inne-

gehalten werden, weil erst Ende September die deutschen Parteitage der Sozialdemokraten und Unabhängigen lagen. Der Internationale Einigungskongress muß aber unter dem glückwünschenden Vorzeichen der Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien in Deutschland stehen. Sobald diese vollzogen ist, wird ein Internationaler Sozialistenkongress ohne besondere Mühe auch die Einheitsfront der Sozialisten aller Länder wieder herstellen können.

## Reaktionärer Gegenstoß in München

München, 16. August. (Via Draht.) In München ist für die heute und morgen fällige Entscheidung über den Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich inzwischen die Phrase mobil gemacht worden, der „Bauerbund“ rufe unter dem Thema: „Bayerns Untergang“ zu einer Massentombung auf. Die Nationalsozialisten traten sogar im Zirkus Krone zu einer Protestkundgebung gegen Berlin zusammen und 26 „bayerische Verbände“ unter Führung des Ordnungsbundes rufen zu einer „ungeheuren Riesentombung“ für heute abend am Königsplatz auf. In dem marktschreierischen Plakat heißt es unter anderem: „Kommt nicht in Tausenden, sondern in Zehntausenden auf die Straße. Das Recht unfres Volkes wird geopfert. Das Recht einer tausendjährigen Geschichte wird vernichtet. Dafür erscheint das blutige Gespenst Auslands am Firmament!“

Die deutschböhmische Presse wütet in einem Maße, daß selbst die deutschnationalen Münchner Neuesten Nachrichten ängstlich werden und angesichts der drohenden Gefahr von der Straße folgende Sätze schreiben: „Würde es zu einem Ablehnen des Berliner Protokolls kommen, so wären die Folgen ernst. Es ist kein Zweifel, daß der Bauerbund nicht weiter mitmachen würde. Auch die innere Krise in Bayern wäre kaum vermeidbar. Sicherlich täme es zu Ministerkrisen, vielleicht auch zur Auflösung des Landtages und das alles in einem Augenblick der äußerst kritischsten Lage Deutschlands, angesichts der gescheiterten Londoner Konferenz und ihrer Folgen.“

Die Saat des Rahr-Poehnerschen Erziehungssystems, an dem die Münchner bürgerliche Presse nicht unschuldig ist, geht in all ihrer Jämmerlichkeit auf und die kläglichen Töne der pseudo-demokratischen Blätter und das Ueberbleiben der

formlich zum Rechtsputsch auffordernden Plakate durch die Polizei nur auch nichts mehr. Die bayerische Arbeiterchaft kann dem heute oder morgen drohenden Konflikt mit Ruhe entgegensehen. Auch das wütendste Loben der monarchistischen Presse kann dem vernünftigen Teile des bayerischen Volkes nicht die Ueberzeugung rauben, daß die letzte Entscheidung über den Bestand des einzigen deutschen Volksstaates die bayerische und die deutsche Arbeiterchaft in Händen hat.

## Amteshebung Dr. Mumm

Die Rheinlandkommission entloh den Regierungspräsidenten Dr. Mumm in Wiesbaden seines Amtes. Das fragliche Schreiben vom 15. August lautet: In der Erwägung, daß es die Pflicht der Rheinlandkommission ist, Unterhalt, Sicherheit und Bedürfnisse der Besatzungsstruppen zu gewährleisten, und das Unterhalt, Sicherheit und Bedürfnisse dieser Armee zum großen Teil von der Persönlichkeit der im besetzten Gebiet angestellten deutschen Beamten abhängen, und daß das Verbleiben des Präsidenten Dr. Mumm im Amte die guten Beziehungen, die zwischen den Besatzungsbehörden und den deutschen öffentlichen Behörden bestehen sollen, beeinträchtigt und daher geeignet ist, Unterhalt, Sicherheit und Bedürfnisse der Besatzungsstruppen zu schädigen, und die öffentliche Meinung zu stören, hat die Rheinlandkommission auf Grund der Artikel 3 und 5 des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919, sowie des Artikels 5 der Verordnung 1 und des Artikels 3 der Verordnung 93 beschlossen, daß der Regierungspräsident Dr. Mumm in Wiesbaden seines Amtes entlassen wird. Dieser Beschluß tritt am 16. August in Kraft.

## Gerüfsteinsturz

Schweres Unglück auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin. Berlin, 16. August. (Via Draht.) Auf dem Anhalter Bahnhof ereignete sich heute morgen, kurz vor 11 Uhr, ein schwerer Gerüfsteinsturz. Innerhalb der Bahnhofshalle in 35 Meter Höhe wurden augenblicklich Reparaturarbeiten ausgeführt. Die Arbeiter, die sonst angeleitet arbeiteten, wollten gerade ihre Arbeitsplätze verlassen, um ihr Mittagbrot einzunehmen, als auf noch unaufgestärkte Weise Teile des Gerüfes von oben auf die unten befindlichen Jäger stürzten. Ein Teil der Arbeiter mußte unter den Trümmern hervorgeholt werden und man zählt bis zur Stunde (12 Uhr) 12 Tote und mehrere Schwerverletzte. Die Feuerwehr ist noch mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die Ursache des Unglücks war bis jetzt noch nicht zu ermitteln.

## Poincarés Verteidigung

Poincaré hat Montag abend den Vertretern der Presse erklärt: Ich glaube nicht, daß jemand die französische Delegation anfragen wird, daß sie es im Verlaufe der letzten zehntägigen Beratungen an Geduld habe fehlen lassen. Keiner unserer Vorschläge ist angenommen worden. Deutschland hat sich nicht nur dem Besatzungsplane entzogen, es hat auch den Beweis geliefert, daß es eine systematische Entwertung der Mark verfolgt. Poincaré sprach alsdann von seiner Absicht, eine gemeinsame Regierung aller aus dem Kriege überkommenen Staaten vorzuschlagen. Das sei aber augenblicklich wegen des englischen Widerstandes unmöglich. Wir wollten abdam, fuhr Poincaré fort, daß die Reparationskommission die beabsichtigten Entscheidungen Deutschlands festsetzt.

Aber wir wurden daran durch die von der englischen Regierung ergriffene Initiative gehindert. Diese erklärte, ohne uns vorher verständigt zu haben, es sei unerlässlich, das Moratorium zu bewilligen.

Da man eine Verzögerung nicht hat feststellen wollen, hatte sich die französische Delegation auf eine beschleunigte Formel zurückgezogen. Sie erklärte, daß sie ein Moratorium nur genehmigen könne, wenn von gewissen Gütern Besitz ergriffen werde, die sofortige Entnahmen gestatten, nämlich:

- eine 50prozentige Beteiligung an der deutschen chemischen Industrie,
- Errichtung zweier Zurens am Ausgange der Ruhr,
- Errichtung einer Zollschanke im Rheinlande,
- Eingliederung von Steuern im besetzten Gebiete,
- Ausbeutung der staatlichen Gruben im Ruhrgebiete und der deutschen Staatsforsten.

Von englischer Seite wurden alle Maßnahmen, die wir vorschlugen, abgelehnt oder ganz abgelehnt. Weil wir glaubten, daß die Bewilligung eines Moratoriums eine Begünstigung ist, war es unerlässlich, daß wir sie von neuen produktiven Pfändern abhängig machten.

Man hat uns noch nach der Rebermachung der Zollgrenze am Rhein die Errichtung einer Zollschanke im Ruhrgebiete und die Beteiligung an den deutschen chemischen und Hartenfabriken verweigert, die ständige Gasse herstellen können.

er könne nicht zugeben, daß man auf diese Weise für unbestimmte Zeit die feststehenden Jahreszahlungen des Zahlungsplanes vom Mai 1921 aufhebe.

Die französische Regierung hätte kein Moratorium ohne Pfänder annehmen können. Sie sei bereit, die Frage in ihrer Gesamtheit zu prüfen und verlange deshalb, daß man die Dinge belasse, wie sie augenblicklich lagen.

Man könnte die Frage im November wieder aufnehmen.

Deutschland müsse aber bis dahin seine Verpflichtungen erfüllen. Das immer Lord George erklärt, Deutschland könne zahlen. Es habe in der Reichsbank eine Milliarde im Depot. Davon könne man die notwendigen 100 Millionen nehmen, ohne den Sturz der Mark, der übrigens auf andre Ursachen zurückzuführen sei, aber Gehälte zu beschleunigen. Er konnte den Vorschlag eines kurzen Moratoriums nicht annehmen, weil er keine Pfänder bringe. Es sei einfach, daß er sich der Entscheidung, die getroffen worden sei, nicht habe anschließen können. So trennte man sich in sehr freundlicher Weise. Aber er verlangte für die französische Regierung das Recht, über die Folgen zu beraten, die diese Entscheidung nach sich ziehe. Man sagte ihm, das sei der Bruch der Entente.

Aber er erklärte, er glaube nicht daran, er für seinen Teil werde ihn vermeiden. Vorausgesetzt indessen, daß er die Interessen seines Landes nicht opfern brauche. Ein Bruch zwischen der englischen und der französischen Regierung wäre tatsächlich ein großes Unglück. Aber die gegenseitige Abneigung der beiden Völker war noch viel ernster.

## Pariser Blätterstimmen

Der Deubre meint: Das Unheil, das der Vertrag von Versailles Frankreich zugefügt hat, sei heute überzeugend, sogar für die Leute, die ihn mit Beharrlichkeit betriebigen. — Nach dem Figaro darf sich Frankreich nicht verhehlen, daß es in Lloyd George einen unerbittlichen Feind besitzt. Er brachte die Konferenz kalten Blutes zum Scheitern und hat Poincaré in den Zusammenbruch mit hineingestürzt, nachdem er schon von vornherein entschlossen gewesen sei, sich unerbittlich zu zeigen. Deutschland und England machten in der Moratoriumsfrage gemeinsame Sache. Das sei eine Tatsache, der man ins Auge schauen müsse. — Fre Presse berichtet den Standpunkt, daß der Mißerfolg in London nicht ein Mißerfolg Frankreichs, sondern ein Mi-

erfolg seiner Politik sei. Morgen erfahre man, ob eine andre Politik in den Mäten beschloffen werde, oder man militärischen Abenteuern entgegengehe.

Die beste Antwort auf Poincarés Verteidigungsklreden hat bereits in den kritischen Tagen der Londoner Tagung der Kopenhagener Socialdemokraten gegeben. Er führt in einem Vortrage aus, daß selbst, wenn Frankreich von den berechtigten und friedlichen Beweggründen getrieben werde, seine Politik doch das schlimmste Hindernis für den Wiederaufbau Europas bildet und uns unrettbar einer wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe zutreibt.

Der Erfolg dieser Politik war bisher nur der, daß England und Amerika in dem gleichen Maße auf die Verzögerung der französischen Schulden zu drängen begannen, indem Frankreich seine Gewalttätigkeit gegen Deutschland durchzusetzen versucht.

Die nächste Konferenz

Nach einer Neuentdeckung beschlossen die alliierten Ministerpräsidenten, daß die nächste Konferenz im November in Brüssel stattfinden soll.

Die deutsche Zahlung

Wie wir bereits mitteilten, hat Deutschland 1 1/2 Millionen Pfund, das ist ein Viertel der verordneten Ausgleichsrate, an die Bank von England eingezahlt. Diese Summe entspricht einem Betrag von 2 1/2 Milliarden Papiermark.

In gleichlautenden Worten vom 14. Juli hatte die deutsche Regierung die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens unter Hinweis auf den an die Reparationskommission gerichteten Antrag auf Aufhebung der Reparationszahlungen gebeten, eine neue Regelung für diese Verpflichtungen Deutschlands aus dem Ausgleichsverfahren und aus Abschnitt 4 von Teil 10 des Friedensvertrags von Versailles zu treffen.

Die deutsche Regierung befindet sich hinsichtlich der Deckung des Teufensdrucks für ihre dringendsten Lebensbedürfnisse, insbesondere für die von ihr eingegangenen privatrechtlichen Verpflichtungen aus Verträgen in einer sehr schwierigen Lage, die der Reparationskommission und dem Garantiefomitee einen Begriff zu haben, von der Schencklichkeit und Erbärmlichkeit dessen, was der Adolphe Poincaré juristisch-japhetisch "Reparationen" nennt.

Leben • Wissen • Kunst

Noch immer Krieg

Mutter, ist das immer noch derselbe Krieg? ... Da haben vor den Fenstern einer Berliner Zeitungsfabrik einige Menschen, Männer, Frauen und Kinder. Man las die letzten Nachrichten, man las auch einiges aus den Zeitungen, die ja jetzt so teuer geworden sind. Man las die letzten Meldungen über die Verteilung der Deutschen aus dem Elend.

Alle Leute soll man nicht verpflanzen. Sie vertragen das nicht. Sie neue Luft wird tödlich. Aber was kümmert das die hohe Politik des Herrn Poincaré? Poincaré wird sein Gewissen schon beruhigen und sich aufhängen: sie gehen ja nach Deutschland, diese ausgewiesenen Deutschen.

Nehmen wir an, daß die Missetaten recht gut klappen. Wenn sie nicht klappen sollte — man hört etwas davon manken —, dann sollte die Reichsregierung doch mit der Faust zwischen den Bureaukratismus haften! Nehmen wir an, die Missetaten werden recht gut unterdrückt, so bleibt doch immer noch das Wort bestehen, daß das Volk vor fremden Tieren bitter schmeckt und der Schritt auf fremden Stiegen schwer fällt.

Vor der französischen Revolution, als Frankreich noch nicht die Menschenrechte verstanden hatte, da wurden die Menschen wie das Vieh von der Politik verächtelt, verkauft, beschoben. Da wurden die Menschen um des religiösen Bekenntnisses willen von Gott und Hof verjagt. Das alles war vor mehr als hundert Jahren, in der Zeit des fürstlichen Absolutismus. Wo ist die Welt hingekommen? Ist das Frankreich der großen Revolution tot?

Was haben diese Deutschen im Elend und in Leiden, die jetzt ausgewiesen werden, verbrochen, nichts, gar nichts. Sie büßen für politische Vorgänge, für die sie in keiner Weise irgendwie verantwortlich gemacht werden können. Es war von jeher das wahre Kennzeichen der Zivilität, sein Mitleiden am Unschuldigen zu fühlen. Man muß die Gegner der Verwirklichung der Familien, der gewalttätigen Trennung von Menschen im Weltkriege erlebt haben,

näher bekannt ist. Seit dem 14. Juli, dem Tage des Besuchs um anderweite Regelung der Ausgleichszahlungen, ist die Mark vom Einheitsfuß bis zum Zweifelhundertfuß ihres Friedenswertes weiter gesunken. Es ist der deutschen Regierung daher beim besten Willen nicht möglich, die auf Grund des Abkommens vom 10. Juni 1921 am 15. August fällige Rate von 2 Millionen Pfund den beteiligten Regierungen zur Verfügung zu stellen. In ihrer Note vom 5. August hat die deutsche Regierung der französischen Regierung erklärt, sie werde auch für den Fall des Ausbleibens einer gemeinschaftlichen Entscheidung der beteiligten Regierungen bestrebt sein, ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen.

Das polnische Parteiwesen

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Die Entwicklung der Verhältnisse in den Oststaaten macht in Anbetracht der deutschen Ostpolitik eine bessere Berücksichtigung in der deutschen Presse notwendig. Dem Rechnung tragend veröffentlichten wir folgenden Artikel:

Sich in das Parteiwesen eines fremden Landes einzuarbeiten, ist eine schwierige Aufgabe. Dies gilt selbst für Fälle, in denen es sich um Länder handelt, deren wirtschaftliche und geistige Grundlagen den unsrigen verwandt sind. In weit höherem Maße gilt das aber von einem Land wie Polen, das aus drei verschiedenen Stücken mit verschiedener Tradition zusammengesetzt ist und auch in seinem Parteiwesen sich diesen neuen geschichtlichen Bedingungen entsprechend erst noch entwickeln muß.

Heute zeigt das durchaus die Kennzeichen der Gärung und der Unruhe. Dies äußert sich nicht nur darin, daß es unverhältnismäßig viele Parteien gibt, darunter naturgemäß eine Menge unbedeutender und vorübergehender Gründungen, sondern vor allem in dem Fehlen klarer politischer Programme. Wir sind gewohnt, daß in dem Programm einer großen Partei auf dem Hintergrunde einer bestimmten Weltanschauung ein wirtschaftliches und politisches System entwickelt wird, das die Stellung dieser Partei bis in die kleinsten Tagesfragen hinein regelt.

Scharf unruhig, in ihren Zielen selbständige Parteilichungen gibt es in Polen eigentlich nur drei: Sozialisten, Bauern und Nationaldemokraten. Charakteristisch für polnische Verhältnisse ist, daß diese Hauptparteigruppen sich im wesentlichen aus verschiedenen ehemaligen Teilsystemen rekrutieren. Die Hauptstütze der Nationaldemokratie ist Polen (und die Stadt Warschau), die Sozialisten haben ihren stärksten Anhang im früheren Kongresspolen, und die Bauernparteien rekrutieren sich zum größten Teil aus Galizien.

Ueber das sozialistische Programm ist besonderes nicht zu sagen. Das den Polen eigene starke Nationalgefühl läßt auch im polnischen Sozialismus bei nationalen Streitfragen internationale Gesinnung schwer ausformen. Diese Eigenartlichkeit hindert aber auch den Fortschritt des Kommunismus in Polen, der überdies von den Behörden scharf unterdrückt wird.

Die Bauern sind in verschiedene Parteien gespalten, wobei außer Streitigkeiten der Führer auch die verschiedenen Bestrebungen eine Rolle spielen. Alle Bauernparteien vertreten enge Standesinteressen, wozu das niedrige kulturelle Niveau breiter Massen der bäuerlichen Bevölkerung stark beiträgt.

Interessant ist die Vorgeschichte der Nationaldemokratie. Ursprünglich war die nationaldemokratische Bewegung eine politische Unabhängigkeitsbewegung. Sie hatte daher in Galizien, wo die Polen keiner politischen Bedrückung ausgesetzt waren, nur geringe Erfolge. Um so mehr bildete sie in Polen. In Rußland aber wandelte sich die Nationaldemokratie unter dem Einfluß ihres Führers Dmowski allmählich in einer russophilen Partei, die sich mit einem autonomen Polen im Rahmen des russischen Reiches begnügen wollte und in Deutschland den Erbfeind der Polen und der Slawen überhaupt sah. Zu dieser Wand-

auf die sie den größten Wert legt, wird die deutsche Regierung unter Zurückstellung der sich aus der Devisenlage ergebenden schwereren Bedenken den von ihr in ihrer Note am 14. Juli unter günstigeren Verhältnissen angebotener Waischalbeitrag von 500 000 Pfund Sterling der beteiligten Regierungen zur Verfügung stellen. Sie hat die zuständigen deutschen Stellen mit entsprechenden Weisungen versehen.

Ein Erfolg der irischen Regierungstruppen

London, 15. August. Die irischen Regierungstruppen haben Killarney besetzt. Damit ist die ganze Grafschaft Kerry von den Aufständischen geläubert.

lung der Nationaldemokratie hat die russische Revolution von 1904/05 stark beigetragen, denn sie erweckte in den sozialen Schichten, die die Nationaldemokratie trugen: Mittelstand, Industrie, Großgrundbesitz, die Angst vor dem Sozialismus. Heute ist die Nationaldemokratie, die außerdem eine extrem-meritokratische Partei ist, nicht nur die schärfste Gegnerin der Deutschen und Juden, sondern auch der Sozialisten. Daß sie es zu einer besonders einflussreichen Stellung gebracht hat, verdankt sie zum Teil ihrer ausgezeichneten und über viele Mittel verfügenden Organisation, zum Teil aber auch dem Umstand, daß sie als einzige polnische Partei ein in sich geschlossenes politisches Programm besitzt, das auch die Außenpolitik umfaßt. Alle übrigen polnischen Parteien leben in außenpolitischen Fragen von der Hand in den Mund, begnügen sich bald mit allgemeinen Redensarten, bald folgen sie opportunistischer Erwägungen. Die Nationaldemokratie dagegen vertritt konsequent das Ziel eines zentralistischen Nationalstaates, befreit mit der Entente, in erster Linie mit Frankreich, in guten Beziehungen zu Rußland, mit der Front gegen Deutschland. Für ein so einfaches und klares Programm ist natürlich auch der Beifall der Straße leicht zu gewinnen, und die Nationaldemokratie versteht das auszunutzen. Die einzige außenpolitische Konzeption neben der nationaldemokratischen, die in Polen politische Bedeutung hat, ist der Gedanke eines föderalistischen Staatenbundes von den Baltischen bis zur Ukraine, der vor allem einer Wiederherstellung Rußlands in seinen alten Grenzen vorzuziehen soll. Träger dieses Gedankens ist aber nicht eine mächtige Partei, sondern nur eine Gruppe um den Staatschef gescharter Militärs und Intellektueller, das sogenannte Selbstere, die bisherige Entwicklung ist belamisch durchaus nicht nach diesem Plan erfolgt.

Von den zahlreichen andern, hier nicht genannten Parteien sind einige Faktionen der Nationaldemokratie, andre wieder umschließen bald mehr liberal, bald mehr konservativ gesinnte Gruppen des Bürgertums. Mit Ausnahme etwa der Nationalen Arbeiterpartei, die, außer in reinen Massenfragen, von der Nationaldemokratie beeinflusst wird, und den gallizischen Konservativen, die einen Teil ihrer Bedeutung aus der Zeit der österreichischen Herrschaft noch gerettet haben, sind alle diese Gruppen für das politische Leben Polens ohne große Bedeutung. Insbesondere hat die bürgerliche Demokratie in Polen es bisher immer nur zu schwachen und kurzlebigen Organisationen gebracht.

Freilich darf man bei einer Betrachtung des polnischen Parteiwesens nicht vergessen, daß in Polen diese Millionen, Nichtpolen: Deutsche, Juden, Ukrainer, Weißrussen, Litauer leben, die je nach ihrer nationalen Eigenart und der sozialen und kulturellen Schichtung ihrer Stammesangehörigen eine besondere eigenartige Entwicklung ihres Parteiwesens haben. Da in Polen bisher leider eine Politik der Entrechtung der Minderheiten getrieben worden ist, besteht für Polen selbst die Gefahr, daß diese Minderheiten sich nicht organisch dem politischen Leben des Staates einfügen, sondern in Wahrung ihrer bedrohten Interessen eine oppositionelle Stellung einnehmen, vielleicht sogar als Minderheitenpartei einen einheitlichen Block bilden. Den Schaden von einer solchen Entwicklung würde Polen selbst haben, und die Verantwortung hierfür der polnische Chauvinismus, d. h. in erster Linie die Nationaldemokratie, tragen.

Dresdner Kalender

Theater am 17. August. Opernhaus: Die Fäulnis (7). Schauspielhaus: Schloffen. — Reustädter Schauspielhaus: Der Bildhauer (74). — Residenz-Theater: Der kleine Geliebte (74). — Central-Theater: Schloffen. Opernhaus. Donnerstag (7). Die Fäulnis (7). Opernhaus: Fäulnis, Tannhäuser (zum ersten Male), Sprecher: Bläthle, Königin der Nacht: Schuch, Tannhäuser: Papageno: Arnold, Monchhaus: Lange, Papageno: Merrem-Rißch, Musikalische Leitung: Kurt Striepler, Spielleitung: Hartmann. Führung durch die Stützpunktverwaltung zum Zweck des Vereins-Ordnungs für die Stadt Dresden, Donnerstag 8-4 Uhr. Rufus Dr. Walter Müller spricht über die Plastik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Schadow, Rauch und Rietschel).

Kleine Mitteilungen

Der Ausbau der Seegeschäfte. Am 30. Juni 1922 waren nach dem von „Lloyd Register of Shipping“ (Lloyds Schiffahrt) veröffentlichten Bericht in der ganzen Welt, aus schließlich Deutschland, insgesamt 866 Dampfschiffe über 100 Tonnellen registriert, insgesamt 3 335 430 Tonnellen im Bau. Darunter befanden sich 698 Dampfschiffe mit insgesamt 2 968 885 Tonnellen, 103 Motorfahrzeuge mit insgesamt 261 288 Tonnellen, 66 Segelschiffe mit 10 217 Tonnellen im Bau. Der Löwenanteil an diesen Schiffbauten fällt auf England, das im zweiten Vierteljahr 1922 nicht weniger als 330 Schiffe mit 1 919 504 Tonnellen im Arbeit hatte. An zweiter Stelle marschiert Italien mit 88 Dampfern und 285 817 Tonnellen Raumbauhalt. Frankreich baut 53 Schiffe mit 248 290 Tonnellen, Holland 90 mit 226 818 Tonnellen, die Vereinigten Staaten 98 Schiffe mit 150 628 Tonnellen. Den Reigen beschließt China mit 7 Schiffen von insgesamt 7082 Tonnellen Raumbauhalt. Im Vergleichsvierteljahr waren nach der Schätzung von „Lloyd Register“ etwa 450 000 bis 500 000 Tonnellen in Deutschland und in Danzig im Bau. 180 000 Tonnellen wurden im zweiten Vierteljahr 1922 vom Stapel gelassen.

Ernennung. Das Wirtschaftsministerium hat den Professor an der Staatlichen Akademie für Kunst und Kunstgewerbe in Weimar, Carl Hanusch, zum Direktor der Kunstschule für Textilindustrie in Plauen ernannt. Professor Hanusch ist geborener Schlotheim und Schüler der Akademie der bildenden Künste in Dresden, insbesondere von Professor Dancker. Seit 1908 war er an der Akademie in Dresden, zunächst als Lehrer am Zeichenlehrerseminar, dann als Leiter der Textilkasse für Gewerbe tätig. Professor Hanusch wird sein neues Amt am 1. Oktober 1922 antreten.

Die nächste Operntatkonferenz. Die Operntatkonferenz in Göttingen wurde am Dienstag beendet. Die Einladung, die nächste Konferenz in Nürnberg abzuhalten, wurde mit lebhaftem Beifall angenommen.

Theater

Opernhaus. Der Rosenkavalier unter Fritz Schalk. Jeder Dirigent erzeugt mit dem von ihm geleiteten Orchester einen ganz individuellen Charakter, das heißt, der gleiche Orchesterkörper wird (selbst beim selben Musikstück) unter verschiedenen, gleichmäßig qualifizierter Führung jedesmal anders klingen. Und so war es mir schon bei der Fidelio-Aufführung klar, wie die Partitur des Rosenkavaliers ausfallen werde. Wusch schon gegebenenfalls weber Sängern noch Musiker. Aber er ergiebt damit auch das Zeugnis an Kadradfähigkeit, Klang und sinnvoller Vertiefung des dramatisch-musikalischen Stoffes. Die Aufführung glich gestern einer Festvorstellung, als welche man am Theater immer den seltenen Fall bezeichnen darf. Dafür standen weiter im einzelnen ein die Henschel-Symphonie (Warschauer) mit ihrer vollendeten Singschulung, Eva Blazhke, v. d. Osten in ihrer unergreiflichen Darstellung der Titelfigur, Merrem-Rißch (Sophie) und Ernold als Ochs v. Lerchenau. Herr Fleischer gab zum erstenmal den Jaminal, den er zu einer sehr ergiebigen, weiter als sonst in den Vorberand rüdenden Figur machte. Beim Morgenempfang der Warschauer spielte sich ein neuer Sänger vor: Ludwig Eysch, der mit schöner, aber noch nicht fester Stimme (vielleicht gar etwas verbildeter) Tenorsstimme begabt ist. Der Balgach Hans Langes war noch nicht ganz der „wellige Schwelmer“, der er sein soll.

Theater

Opernhaus. Der Rosenkavalier unter Fritz Schalk. Jeder Dirigent erzeugt mit dem von ihm geleiteten Orchester einen ganz individuellen Charakter, das heißt, der gleiche Orchesterkörper wird (selbst beim selben Musikstück) unter verschiedenen, gleichmäßig qualifizierter Führung jedesmal anders klingen. Und so war es mir schon bei der Fidelio-Aufführung klar, wie die Partitur des Rosenkavaliers ausfallen werde. Wusch schon gegebenenfalls weber Sängern noch Musiker. Aber er ergiebt damit auch das Zeugnis an Kadradfähigkeit, Klang und sinnvoller Vertiefung des dramatisch-musikalischen Stoffes. Die Aufführung glich gestern einer Festvorstellung, als welche man am Theater immer den seltenen Fall bezeichnen darf. Dafür standen weiter im einzelnen ein die Henschel-Symphonie (Warschauer) mit ihrer vollendeten Singschulung, Eva Blazhke, v. d. Osten in ihrer unergreiflichen Darstellung der Titelfigur, Merrem-Rißch (Sophie) und Ernold als Ochs v. Lerchenau. Herr Fleischer gab zum erstenmal den Jaminal, den er zu einer sehr ergiebigen, weiter als sonst in den Vorberand rüdenden Figur machte. Beim Morgenempfang der Warschauer spielte sich ein neuer Sänger vor: Ludwig Eysch, der mit schöner, aber noch nicht fester Stimme (vielleicht gar etwas verbildeter) Tenorsstimme begabt ist. Der Balgach Hans Langes war noch nicht ganz der „wellige Schwelmer“, der er sein soll.

Rechte, Brot, loffel, dieses, Parto, jurdis, Damit, Part, das, aus, dem, A, Rhein, das, B, das, B, eine, G, transp, deutsch, I, werden, rungen, transp, deutsch, der, B, Bedo, letzten, gleich, Jeder, das, B, gilt, bes, über, K, sich, ger, Parto, der, K, zugef, die, Hö, der, K, holler, rech, Ein, D, Wahren, netweige, miederu, B, r, ein, B, ein, B, Rührer, verho, In, wegen, de, Poläger, des, Dien, der, Mör, Maßstä, die, repub, nicht, im, Buch, de, zu, hängen, Nieder, Komplot, Bedenken, lenkung, verfassung, zu, Gerich, B, Helfer, Soll, es, für, die, die, wie, d, ristisch, ein, Ge, fest, und, dienen, w, allen, An, w, wichtig, ar, beite, g, e, m, verräte, Verhaf, Aus, stische, Za, lichen, ist, verrats, kofte, wo, Sozialist, erkl, I, der, Semer, Kai, hantel, Ent, telne, Ver, Reichs, damit, zu, mit, Vope, mungen, g, wird, hoch, aus, einer, Rechtsabte, beschäfte, liche, Ordn, schuf, nach, des, von, I, hindert, ho, polizeiam, teilung, do, Klein, Der, die, Ver, verantwort, hatte, in, den, jubrigen, d, über, vom, B

### Die Kartoffelversorgung

Das Fleisch ist heute nur noch etwas für die reichen Leute. Wenn es so weiter geht, wie bisher, wird auch das Brot bald vom Tisch der Armen verschwinden. Die Kartoffel wird dann das Brot der Armen. Ein Glück, daß es dieses Jahr wenigstens Kartoffeln gibt. Bereits sind die Kartoffelpreise in verschiedenen Orten ein ganzes Stück zurückgegangen, in Berlin für das Pfund von 10 auf 4 M. Damit ist natürlich noch nichts für den Preis der Spätkartoffeln im Herbst gesagt. Es ist deshalb ganz gut, daß die Gewerkschaften, die Konsumvereine, der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft in diesen Tagen mit dem Reichsverkehrsministerium zusammen über den Kartoffeltransport im Herbst beraten haben. Rheinland und Westfalen werden diesmal nicht 5 Prozent des Bedarfes, wie im Vorjahr, sondern 15 Prozent des Bedarfes aus örtlicher Erzeugung decken können. Das bedeutet eine Entlastung der Eisenbahn für die großen Kartoffeltransporte aus dem Osten nach dem Westen und nach Mitteldeutschland. Dennoch muß vorgesorgt werden.

Um dem Verkehrsministerium die Arbeit zu erleichtern, werden die Konsumvereine nach Abschluß der Lieferungsverträge einen Plan über die erforderlichen Kartoffeltransporte bis Mitte September vorlegen. Hoffentlich findet der Konsumverein auch beim Handel Nachahmung. Die Initiative der Konsumvereine ist schon deswegen zu begrüßen, weil die Bevölkerung, gequält und getrauert durch die Lehren des letzten Winters, dieses Jahr noch mehr als im vorigen Herbst gleich große Kartoffelbestände für den Winter kaufen wird. Jeder wird der Preissteigerung entgegen wollen und sich deshalb nicht mit einigen Zentnern Kartoffeln begnügen. Das gilt besonders für die mittleren kleinen Städte, wo die Leute über Kellerräume verfügen. Aber auch der Großstädter wird sich gern, wenn es ihr möglich ist, ein größeres Quantum Kartoffeln beschaffen wollen. Werden also im Herbst nach der Kartoffelernte nicht gleich große Mengen der Nachfrage zugeführt werden können, dann werden sofort die Preise in die Höhe klettern. Das wird vermieden, wenn das Vorgehen der Konsumvereine überall Nachahmung findet und die Bevölkerung über diese planmäßige Versorgung mit Kartoffeln rechtzeitig unterrichtet wird.

### Ein Appell der bayerischen U. S. P.

Das Blatt der Münchner U. S. P. bringt folgenden Notruf: In der jüngsten Zeit erleben wir das Angehörige der Bayern gegen das Reich ansehende und Reichsgegenen das Gebot an der Partei. Es war selbstverständlich, daß unsere Partei sofort wieder zum Reich bekannte. Unter den schwierigsten Verhältnissen verfochten wir die Sache der Reichseinheit und der Republik.

Die bayerischen Parteiverträter blieben ungeschoren. Unter Nürnberg Blatt Sozialdemokrat aber wurde verboten. Wurde verboten, weil es für Reich und Regierung eintrat. Und in diesem Augenblick wurden unsere Vorgesetzten-Redakteure wegen des Verdachtes des Landesverrats verhaftet. Das Münchner Volksgericht, vor dem nicht abgeurteilt worden sind der Mörder des Reichs, der Französischer Wotmer, der Separatist Deum, der Vorkämpfer Bayern, dieses Münchner Volksgericht hat die Verhältnisse gegen die republikanischen „Vorgeschichte“ Redakteure erlassen. Wir wissen nicht, wie das Volksgericht diesen Verdacht begründen will. Wir wissen indes daran, daß man im Frühjahr 1920, nach dem Rapp-Vertrag, den Rapp dazu benutzt hatte, um die Regierung Hoffmann zu stürzen, mit großem Lärm ein Hochverratsverfahren gegen die Reichsregierung selber vom Jause brachte. Das Niederländerfeld Komplotz sollte ableiten von der Reichsregierung. Es will uns bedünken, daß die bayerische Regierung auch jetzt wieder ein Verleumdungsverfahren verübt. Sie vergißt sich gegen die Reichsregierung. Damit um niemand zu Verwirrung über sie, ist sie zu Gericht über verfassungstreue Republikaner.

Will das Reich keine treuen Diener, seine Helfer und Stützen in München völlig schutzlos lassen? Soll es in Bayern erlauben sein, daß der Reichsminister im Kampfe für die Reichsverfassung einseitig, einer Reichsflagge zum Opfer fällt, die, wie der Spruch des Obersten Landgerichts sagt, ganz parteilich eingeleitet ist?

Geht, wir sind in Bayern eine schwache Partei. Aber es fehlt uns nicht an Mut und Hingebungsfähigkeit. Vorbehaltlos dienen wir dem Reichgebaute. Doch meinen wir, das Reich hat allen Anlaß, darüber zu wachen, daß der für die Verwirklichung der Reichsverfassung in Bayern arbeitete, nicht zum „bayerischen Landesverrat“ gezeichnet und schließlich auch noch als Landesverräter abgeurteilt wird.

### Verhaftung eines württembergischen U. S. P. Abgeordneten

Aus Stuttgart wird gemeldet: Der unabhängige sozialistische Landtagsabgeordnete Emil Schäfer, Redakteur des Sozialisten, ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse verhaftet worden. Der Landesverrat wird in einem Würtlich im Sozialisten erschienenen Artikel „Waffenkunde und Arbeiterkampf“ erwidert. Dem Hinweis auf seine Abgeordneteneigenschaft wurde mit der Bemerkung begegnet, daß es sich um ein Entzücken auf fester Zeit handelt.

### Das Reichskriminalpolizeiamt

Entgegen anders lautenden Pressenmeldungen haben noch keine Verhandlungen über die technische Organisation des Reichskriminalpolizeiamtes stattgefunden. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß vor Beendigung der Verhandlungen mit Bayern an die Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen gegangen wird. Das kommende Reichskriminalamt wird wahrscheinlich aus vier Abteilungen bestehen, und zwar aus einer politischen und einer kriminellen Abteilung, einer Rechtsabteilung und einer, die sich mit der Handels- und Spionagebeschäftigung wird. Das Reichskriminalamt für die öffentliche Ordnung, das Ministerium nach dem Rapp-Vertrag, nach dem Reichsrat die parlamentarische Beratung des von ihm vorgelegten Reichskriminalpolizeigesetzes verhindert hatte, wird nach der Schaffung des Reichskriminalpolizeiamtes überflüssig werden und dürfte als politische Abteilung von diesem übernommen werden.

### Kleine politische Nachrichten

#### Der Finanzdirektor und sein Eid

Vor dem Dessauer Disziplinargerichtshof hatte sich der Präsident der anhaltischen Finanzdirektion A. D. Sange zu verantworten, der für die Anhaltische Rundschau drei Artikel geschrieben hatte, in denen laut Carl Kugelb. verurteilt wurde, den Beamten beizubringen, daß der auf Grund der vom Staatsrat erlassenen und über vom Landtag genehmigten Verordnungen verlangte Beamten-

## Die Geldquelle der Mörderorganisation

### Die Ehrhardt-Bank

Am Sonntag brachte die Freiheit einen Aufsatz über gewisse Geldquellen der Mörderorganisation O. Am Schluß dieses Zeitungsartikels wurden „alle Finanz- und Justizminister und ihre Polizeibehörden“ aufgefordert, „sich die Ehrhardt-Bank näher anzusehen“. Hierzu wird vom Polizeipräsidenten mitgeteilt, daß der Berliner politischen Polizei die Ehrhardt-Bank bereits bekannt war. Die Berliner politische Polizei hat bereits am Sonnabend an die Münchner Polizei das dringende Ersuchen gerichtet, bei Herrn Ehrhardt v. Puttkamer und einigen andern mit dieser Verbindung befaßten Personen in München eine eingehende Hausdurchsuchung vorzunehmen. Das deutsche Konsortium wird geleitet von dem Hauptmann a. D. v. Puttkamer und Direktor Emil Schäfer in München.

Die U. S. P. machen dazu noch eine Anzahl interessanter Mitteilungen. Einer der sechs Verhafteten, von denen der hier schon auszugeweiht veröffentlichte Prospekt redet, ist kein anderer als der jüngst wegen Beteiligung am Rathenau-Mord verhaftete Ernst v. Salomon. Er hat die Stellung auf ein Interat in der Deutschen Tageszeitung hin angenommen. Dieses Interat ist auch dadurch interessant, daß es den deutschen Zeichnern raschen Entschluß angeht, die bevorstehenden Maßnahmen gegen die Kapitalflucht anempfehlen.

Die genannte Korrespondenz veröffentlicht dann noch einige Stellen aus einem Emissionsprospekt, der sich noch offener als das Vergeburular ausdrückt. Danach liegt die ungarische Leitung in den Händen des ehemaligen Budapest-Polizeipräsidenten Bela v. Gabor, des Herrn, unter dem sich die Erzberger-Mörder frei in Budapest

bewegen konnten. Ferner wird gesagt, daß der eine Dividende von 7 bis 8 Proz. übersteigende Reingewinn sowie ein Teil des Agios, der 600 ungarische Kronen pro Aktie ausmacht, nicht ausgeschüttet werden, sondern „deutschen Zwecken“ dienen solle. Es kann danach kaum einem Zweifel unterliegen, daß die ungarische Treuhand-Aktiengesellschaft eine der Geldquellen ist, aus denen die Mörderorganisation O gespeist wird. Charakteristisch dafür ist, daß ein besonderer Eisenverkehr von Budapest nach Passau eingerichtet werden soll, und daß ferner in den Zeichnungsscheinen ein Satz enthalten ist, wonach der Aktionär alle seine ihm auf Grund der Aktienbesitzes zufallenden Mitbestimmungsrechte zur Ausübung Herrn Ehrhardt überträgt!

### Kieber mit der Mark!

Die Freiheit berichtet über die Großbank der Mörderorganisation weiter: Der Emissionsprospekt trägt auf der ersten Seite in hervorragendem Druck den Vermerk: „Von in nationalen deutschen Kreisen bekannten Persönlichkeiten stehen der Bank nahe: Herr Kaiserlicher Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt in Wien, Herr Klaus Ed., Hauptförstmeister des Riesbacher Anzeigers in Riechbach, Oberbayern.“

Aus dem Prospekt ist ersichtlich, daß die Gründer es als ihre nationale Pflicht betrachten, in der Spekulation vor allem auf dem relativen Sturz der deutschen Mark zu bestehen. Es werden nur Aktionäre angenommen, die sich verpflichten, ohne zwingende Not die Wertpapiere drei Jahre lang nicht zu verkaufen und „unsern Vertrauensmann, Herrn Kaiserlichen Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt, mit der Ausübung des Stimmrechts während dieser Zeit zu betrauen“. Ehrhardt soll den ausschlaggebenden Einfluß auf die Gesellschaft haben.

gestellten der Dresdner Konsumvereine durch einen verbindlich erklärten Schiedspruch des Dresdner Schlichtungsausschusses für den Monat Juli zugestimmt worden ist, ausgesetzt habe. Wie und die Verwaltung des Konsumvereins ein Vorwärts zu der Angelegenheit mittelte, war beim Eingang dieser Zuschrift des Zentralverbandes bereits Anweisung gegeben worden, daß die fragliche Schlichtungsdifferenz bei der gestern und heute erfolgenden nachschüssigen Auszahlung des halben Gehalts für den Monat August mit ausgesetzt werden solle; der Angeklagten sei mit dieser Regelung einverstanden gewesen. Damit ist wohl die Differenz zwischen dem Zentralverband der Angestellten und der Verwaltung des Konsumvereins vorwärts erledigt.

Eine Fachgruppenversammlung der Angestellten des Einzelhandels, einbezogen vom Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, findet Freitag, 17. Uhr, im Restaurant Palmengarten, Birnstraße, statt. In der Versammlung wird Bericht über die Tarifverhandlungen am Tage vorher erstattet werden. Wegen der Wichtigkeit der Versammlung wird vollständiges Erscheinen erwartet. Mitgliedbuch ist vorzulegen.

Eine Versammlung der Arbeitnehmer des Feiseur- und Sattlerhandwerks findet Donnerstag, 8. Uhr, im Volkshaus, Riesenbergstraße, statt. Tagesordnung: Besprechung des neuen Tarifvertrages für die Stadt Dresden.

Der Wählervereinstreik im Freistaat Sachsen ist gestern durch Verhandlungen im Arbeitsministerium beigelegt. Die Arbeit ist heute früh wieder aufgenommen worden. Näherer Bericht folgt.

Ausflug im Volkshaus. In einer Reihe von Volkelektrophischen Bureauverträgen ist ein Streit ausgebrochen, der sich auf die Agenturen in Westdeutschland, Süd- und Norddeutschland erstreckt. Die Angestellten fordern Gehaltserhöhung für den Monat Juli, die von der Direktion abgelehnt wird, und einen höheren Zuschlag für den August, als bisher zugestimmt wurde, da dieser auf der heutigen Geldwertverwertung in keinem Verhältnis stehe.

Lohnverhandlungen im Bergbau. Nach einer Offener Meldung haben die in der Arbeitgemeinschaft zusammengeschlossenen Bergarbeiterverbände neue Verhandlungen mit den zuständigen Stellen zum Zweck der Lohnhöhe beantragt. Von den Arbeitern wird es für notwendig gehalten, daß die erhöhten Löhne bereits in diesem Monat in Kraft treten. Wenn die Verhandlungen einen für die Bergarbeiter befriedigenden Verlauf nehmen, sei damit zu rechnen, daß die Wiedereinführung der Ueberstunden zum 1. September beschlossen wird.

## Neueste Telegramme

### Der Dollar 1035,00

rs. Berlin, 16. August. (Eig. Drahtmeldung.) In den heutigen Vormittagsstunden hielt die feste Tendenz am Devisenmarkt unverändert an, wenn auch zeitweise die höchsten Kurse von gestern nicht immer erreicht wurden. Der Dollar setzte mit 1000 ein und unterlag dann späterhin nur ganz geringen Schwankungen. Nachdem er den Kurs von 885 gestrichelt hatte, befestigte er sich gegen 10 1/2 Uhr wieder auf 1010 bis 1015. In der Folge setzte sich der Dollar bis zu 1035 durch. Da so gut wie gar keine neuen anregenden Momente vorlagen, so beliefen sich die Umsätze auf ein Minimum. Auch das Ausland bleibt für die Welt weiter schwach gestimmt. Die übrigen Devisenmärkte machten nicht immer die Dollarbewegung mit. Besonders fest liegt Prag mit Auszahlung 3000. Die Effektenbörse ist gut behauptet, zum Teil gegen gestern etwas fester.

### Die Leiche in der Marmorhöhle

In Graz wurde der Holzhändler Bruno Steiner verhaftet, der zu Morden die geschiedene Witwenstatterin Elise Joseph-Monizka ermordet und bezahrt hatte. Steiner hatte damals, um die Spuren seines Verbrechens zu verdecken, eine Marmorhöhle angehöht und die Leiche der ermordeten Witwenstatterin in die Höhle hineingelegt und sodann die Öffnung durch eine 15 Zentimeter dicke Zugschraube geschlossen. Steiner hatte der Witwenstatterin feinerzeit einen Schmuck geraubt, der von ihm für fünf Millionen Kronen verkauft wurde.

### In den Bergen verschollen

Innsbruck, 16. August. Der Assistent der Innsbrucker Augenklinik, Dr. Oetmann, und ein Herr Schmid aus Würzburg, die eine Tour in das Wettersteingebirge unternommen haben, werden vermisst.

### Das Salutasland

Hannover, 16. August. Von Gendarmereisameiten der Abteilung Unterwölfe ist eine Frau aus Karlsbad verhaftet worden, die in Haxen für über 80000 M. Waren eingekauft hatte, die sie nach der Tschado-Gebirgsregion aufzuführen wollte. Das ganze südbische Salutasland wird von Hochschulmännern in München überwachet, die sich die Entwertung der Mark zumachen und die Geschäfte auslaufen. Auch der Schmuggel blüht trotz scharfer Überwachung der Grenze.

### Scheunendbrand in Pirna

Pirna, 16. August. Heute früh in der 4. Stunde ging infolge Brandstiftung die gesamte Scheune des Reichsbesitzer Josef Lohmeyer im benachbarten Rodetal in Flammen auf. Der Brandstiftung konnte nicht ermittelt werden.

### Gegen das Vesteckungswesen

Infolge einer Eingabe des Vereins gegen das Vesteckungswesen hat der Reichsernährungsminister jetzt den Landesregierungen empfohlen, gegen die Vesteckung von Volkserzeugnissen vorkommende Maßnahmen zu treffen. Der Minister betont, durch gerichtliche Feststellungen sei ein größerer Umfang der Vesteckung glaubhaft gemacht. Unentbehrliche Volksernährungsmittel würden durch die Vesteckung eines Teils der Volkserzeugnisse veräußert.

## Gewerkschaftsbewegung

### Auftakt zum Kampf?

In letzter Zeit gingen durch den Völkerraid Reichsziele der Industrie gegen zu hohe Löhne im Bauwerke. Jetzt wird bekannt, daß diese Artikel nur ein Vorspiel waren, der große kapitalistische Theaterdonner soll in den nächsten Tagen nachfolgen. Der Bund der Industriellen hat die leitenden Personlichkeiten aus dem Bauwerke vor sein Tribunal geladen, um ihnen großkapitalistischen Gehorsam einzubringen. Die Industriellen wollen die Bauwerksgewaltigen ein für allemal mit den Löhnen, als sogenannte Epochenlöhne, bewilligen sollten, wollen die Industriellen daraus die Konsequenzen ziehen und den Bauwerksgewaltigen die Bauaufträge entziehen und die Arbeiten in eigener Regie ausführen. In diesem Falle wollen sie die Bauwerksgewaltigen mit unter die Fabrikordnungen stellen, sie als sogenannte Werksarbeiter behandeln. Den Betrag für das Bauwerk wollen die Industriellen dann nicht anerkennen, sondern die von ihnen beschäftigten Bauwerksgewaltigen als gelernte Werksarbeiter behandelt und entlohnt werden. Die Bauwerksgewaltigen will man dann jeweils aus den Beschäftigten des Betriebes entnehmen. Alles in allem läuft der Plan auf folgendes hinaus: Das Bauwerk soll nicht mehr lohngewand sein, und man will in ihm den Reigen im Kampf gegen die gegenwärtigen Löhne eröffnen.

### Lohnregelung in den Babebetrieben

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird ausgeschrieben: In der Lohnfreiheit mit dem Verband der Badeanstaltsbetreiber und -leiter Deutschlands, Ortsgruppe Dresden, ist vom Schlichtungsausschuß am 15. August 1922 nachstehender Schiedspruch gefällt worden:

Ab 1. August 1922 sollen erhalten: Bademeister und Kassiere 1000 M., Waffenschein 850 M., Badenwächter über 21 Jahre 700 M., Badenwächter unter 21 Jahren 600 M., pro Woche, Schwestern 14 M. pro Stunde, Schwimmeister für jeden Schwimmschüler 20 M. für Lebensstunden von 7 Uhr früh und nach 7 Uhr abends: männliches Personal 25 M., weibliches Personal 20 M. pro Stunde. Für Sonntagarbeit: männliches Personal 40 M., weibliches Personal 32 M. pro Stunde.

Von den Arbeitnehmern sowie von der Organisation ist der Schiedspruch angenommen worden. Es besteht jedoch die Gefahr, daß ihn die Arbeitgeber ablehnen, da sie zu einer Verhandlung mit der Organisation überhaupt nicht geneigt sind. Wir richten nunmehr an das Personal der privaten Badeanstalten das dringende Ersuchen, daß sie an die Badeanstaltsbetreiber herantreten, damit die im Schiedspruch vorgesehenen Löhne rückwirkend ab 1. August 1922 ausbezahlt werden. Da diese Löhne ohne Kost und ohne Wohnung bei weitem noch nicht zum Leben ausreichen, bitten wir die Dienststellen, uns in diesem Lohnkampf zu unterstützen.

### Lanzordnerlöhne und Saalinhaber

Da sich die Dresdner Saalinhaber weigern, für das Saalpersonal einen weiteren Tarif abzuschließen, weil es Doppelverpflichtung seien, und der Schlichtungsausschuß erklärte, daß kein öffentliches Interesse zum Zwang eines Tarifabschlusses vorliegt, besteht ein latenter Kriegszustand zwischen den Beteiligten über die Höhe der zu zahlenden Löhne. Die auf Grund einer Unterzeichnung der Organisationsvertreter mit Herrn Baum von den Unternehmern zu zahlenden Löhne wurden in einer gut besuchten Versammlung der Branche am 18. August einmütig als nicht der Zeit entsprechend abgelehnt! Man beschloß vielmehr, daß nur unter den nachstehend angegebenen Löhnen gearbeitet werden und gegen Lohnbrücker mit allen gewerkschaftlichen Mitteln vorgegangen werden soll: Tanzordner Sonntags 150 M., wochentags 100 M., ohne Saalbesitzer je 75 M.; Saalbesitzer Sonntags 125 M., wochentags 80 M.; Die Arbeitstag beträgt Sonntags 8 Stunden, wochentags 5 Stunden. Wenn man dabei bedenkt, daß gute Arbeiterbezahlung ist, so ist der Lohn doch nur in wenigen Fällen gemindert worden, wie man ausgeben, daß diese Löhne nicht zu hoch sind.

### Konsumverein und Angestellte

In einer längeren Zuschrift teilte uns die Ortsgruppe Dresden des Zentralverbandes der Angestellten mit, daß die Verwaltung des Konsumvereins Vorwärts immer noch nicht die Differenz zwischen dem am 31. Juli ausbezahlten höchsten Gehalt und dem Gehalt, der von den





